

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Matthias Weisheit, Wilhelm Schmidt (Salzgitter),
Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken,
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Kersten Naumann,
Eva-Maria Bulling-Schröter, Rolf Kutzmutz, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/353, 14/1122 –**

Die Rolle der deutschen Landwirtschaft in der europäischen Agrarpolitik und die Strategie der Bundesregierung bei der Mitgestaltung der Agenda 2000

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft nimmt bei der Produktion von hochwertigen Nahrungsmitteln eine Spitzenstellung innerhalb der EU und auf dem Weltmarkt ein. Ihr Anteil am internationalen Handel mit Ernährungsgütern ist bedeutsam.
- Die Wettbewerbssituation ist aber nach wie vor schwierig. Es bestehen strukturelle Schwächen sowohl in der Produktion als auch in der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur.
- Es zeigt sich erneut, dass die deutsche Agrarpolitik in der Vergangenheit unzureichend auf die Herausforderungen der Zukunft reagiert hat. Defizite bestehen nach wie vor hinsichtlich Wettbewerbsfähigkeit und bei der Erreichung des Ziels einer artgerechten Tierhaltung und umweltverträglichen Landbewirtschaftung sowie zur Entwicklung der Dörfer und zur Stärkung der ländlichen Räume.

II. Der Deutsche Bundestag stellt weiterhin fest:

- Mit den Beschlüssen zur Agrarpolitik im Rahmen der Agenda 2000 wurden wesentliche Schritte für eine reformierte Agrarpolitik erreicht. Der Kompromiss stellt die notwendige Basis für die Osterweiterung der EU dar. Er gibt der Land- und Ernährungswirtschaft Planungssicherheit und bildet die Aus-

gangsbasis für ihre zukünftige Entwicklung, weil Perspektiven für eine erfolgreiche Zukunft eröffnet werden. Die Agenda-Beschlüsse stellen eine gute Grundlage für die anstehenden WTO-Verhandlungen dar.

- Die Bundesregierung konnte in den Verhandlungen substantielle Verbesserungen erreichen, so dass negative Auswirkungen auf die Einkommen der Landwirtschaft deutlich verringert werden konnten. Durch die schrittweise Umsetzung und die zeitliche Streckung wird die Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen erleichtert.
- Die multifunktionale Rolle der Landwirtschaft muss auch im Rahmen der WTO Anerkennung finden. Dies muss mit den weitreichenden Forderungen anderer Länder im Hinblick auf eine stärkere Liberalisierung der Agrarmärkte in Einklang gebracht werden. Die anstehenden Verhandlungen im Rahmen der WTO und zur Osterweiterung der EU können die Chancen der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft auf den Märkten verbessern bzw. sichern. Dies gilt unter der Voraussetzung, dass faire Wettbewerbsbedingungen bestehen, damit die Landwirtschaft diese Chancen nutzen kann und gleichzeitig ihren Beitrag zu intakten ländlichen Räumen leisten und nach hohen Standards zum Schutz der Verbraucher und der Umwelt produzieren kann.
- Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass gemäß den Beschlüssen zur Agenda 2000 gemeinsam mit den Ländern solche Regelungen zu treffen sind, die gewährleisten, dass gemäß Artikel 3 der Verordnung des Rates zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen den Belangen des Umweltschutzes bei der Festlegung landwirtschaftlicher Stützungsregelungen Rechnung getragen wird.
- Die Integration der Agrarwirtschaften der mittel- und osteuropäischen Länder in den gemeinsamen Binnen- und Agrarmarkt gehört zu den wichtigen Herausforderungen bei der Verwirklichung der Erweiterung der Europäischen Union. Probleme werden vor allem aufgrund der Strukturschwächen in einigen der Beitrittsländer gesehen. Dem muss entgegengewirkt werden.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf;

- die Umsetzung der Agenda 2000 in der Landwirtschaft in einer Weise vorzunehmen, dass einseitige Nachteile für die Betriebe in bestimmten Regionen, insbesondere in den neuen Ländern, vermieden werden und die Landwirtschaft in eine integrierte Entwicklung ländlicher Räume eingebunden wird. Damit sollen die Voraussetzungen für die positive Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen geschaffen werden;
- sich bei der weiteren Liberalisierung der Weltagrarmärkte dafür einzusetzen, dass faire Wettbewerbsbedingungen herrschen. Auf europäischer Ebene ist weiter dafür Sorge zu tragen, dass die jetzt beginnenden WTO-Verhandlungen auf der Basis der Agenda 2000 geführt werden. Die hohen Umwelt- und Verbraucherstandards, Lebensmittelsicherheit und -qualität und Tierschutzbestimmungen des europäischen Landwirtschaftsmodells müssen abgesichert werden sowie die Voraussetzungen für langfristig gesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Um weitere Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, müssen auf internationaler Ebene verbindliche Vorgaben für den Umweltschutz vereinbart werden, die gleichzeitig gewährleisten, dass regions- bzw. grenzüberschreitende Probleme wie z.B. die Verschlechterung der Wasser- und Luftqualität sowie Bodenerosion gelöst werden;

- sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass die Annäherung der Agrarwirtschaften der Beitrittskandidaten vorangetrieben wird. Alle Möglichkeiten, die die sog. Beitrittspartnerschaften und die im Rahmen der Agenda 2000 beschlossenen Vorbeitrittshilfen eröffnen, vorrangig in den Bereichen
 - Einleitung von Strukturreformen,
 - arbeitsplatzorientierte Entwicklungsmassnahmen für ländliche Räume (Modernisierung der Ernährungsindustrie, Lebensmittelverarbeitung, Handwerk, regionale Vermarktung),
 - Veterinärwesen und Pflanzenschutz und
 - umwelt- und tiergerechte Produktionsmethoden,sollen dabei genutzt werden.

Berlin, den 1. Dezember 1999

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

